



MEDIENINFORMATION

2. APRIL 2024

Stiftung Sächsische Gedenkstätten bedauert Austritt der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz aus dem Stiftungsbeirat

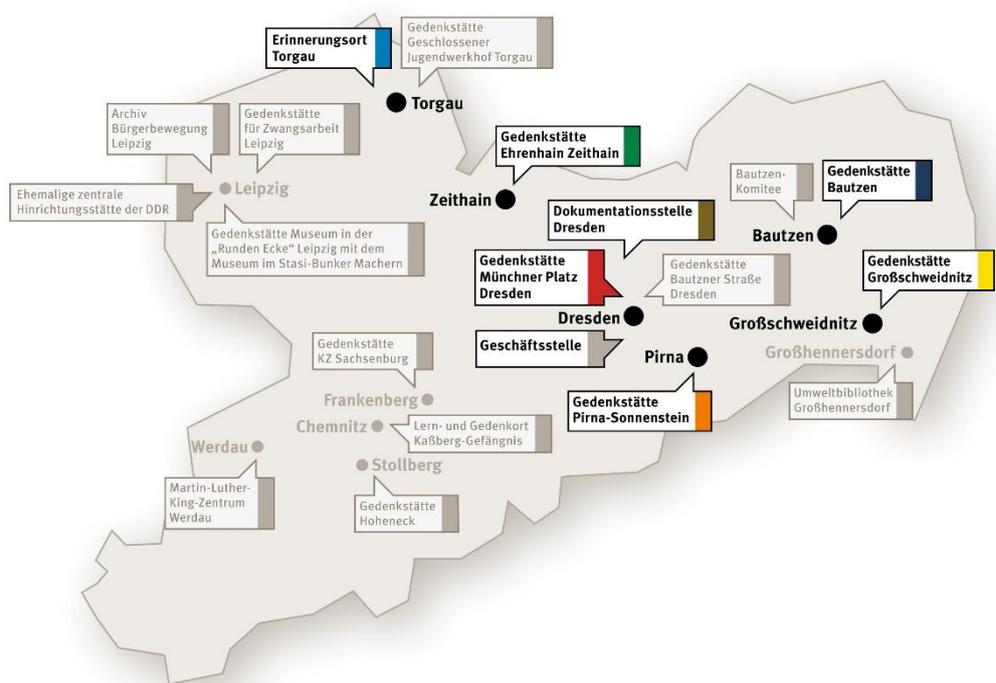
Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten bedauert den Austritt der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz aus dem Stiftungsbeirat außerordentlich. Seit der Neuausrichtung der Gedenkstättenstiftung Ende 2021 ist es ihr erklärtes Ziel, die Konflikte aus der Vergangenheit beizulegen und die Zusammenarbeit zwischen Gedenkstättenstiftung und Bundesvereinigung auf eine kollegiale Basis zu stellen. Die Stiftung ist deswegen frühzeitig auf die Bundesvereinigung zugegangen und hat sie umfangreich in die Konzeption der neuen Dauerausstellung im Erinnerungsort Torgau einbezogen, die Ende August eröffnet wird.

Die neue Dauerausstellung legt ihren Schwerpunkt auf die Geschichte der nationalsozialistischen Militärjustiz, des Reichskriegsgerichts und auf die Verfolgungsgeschichte zehntausender Kriegsgegner, Deserteure und Angehöriger des Widerstandes. Die Schicksale der Opfer stehen im Zentrum der neuen Ausstellung und werden den Besucher:innen in zahlreichen Biografien nähergebracht. Die Schwerpunktverlagerung auf die Auseinandersetzung mit der NS-Militärjustiz bringt die Gedenkstätte auch durch einen neuen Namen zum Ausdruck. Sie heißt fortan „Erinnerungsort Torgau. Justizunrecht – Diktatur – Widerstand“. Zwei kleinere Ausstellungsteile beschäftigen sich mit der Zeit nach 1945 am gleichen Ort, mit den sowjetischen Speziallagern Nr. 8 und Nr. 10 sowie mit politischen Häftlingen in der DDR, darunter viele Jugendliche.

Stiftungsgeschäftsführer Dr. Markus Pieper: „Gerade in Bezug auf die Neugestaltung der Dauerausstellung in Torgau hat in der letzten Zeit ein von uns sehr begrüßter konstruktiver Dialog zwischen unserer Stiftung und der Bundesvereinigung stattgefunden. Wir haben weitgehende Änderungsimpulse der Bundesvereinigung an der Ausgestaltung der Ausstellung offen aufgenommen und größtenteils auch umgesetzt. Differenzen in der Beurteilung der Militärjustiz als Terror- und Verfolgungsinstrument im Nationalsozialismus haben sich in den Gesprächen in keiner Weise gezeigt.“ Umso bedauerlicher sei es, dass die Bundesvereinigung gerade jetzt den Dialog abbreche, wo ein angemessener Erinnerungsort mit dem Schwerpunkt auf dem NS-Militärjustizunrecht in Torgau unmittelbar vor der Eröffnung stehe, so Pieper weiter. „Wir nehmen den Gesprächsfaden jederzeit gerne wieder auf.“

Kontakt: **Stiftung Sächsische Gedenkstätten**
Dr. Markus Pieper, Geschäftsführer
Sven Riesel, Pressesprecher (ab 04.04.2024)
pressestelle@stsg.de
www.stsg.de

Tel. 0351 4695545
Fax 0351 4695541



Von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten betriebene oder geförderte Erinnerungsorte im Freistaat Sachsen (© Stiftung Sächsische Gedenkstätten)